

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die Spaltenweise mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 103.

Dresden, Sonnabend den 6. Mai 1916.

27. Jahrg.

(B. L. V.) Amtlich. Großes Hauptquartier, am 6. Mai 1916.

## Westlicher Kriegsschauplatz:

Südöstlich und südlich von Armentieres waren Unternehmungen unserer Patrouillen erfolgreich; es wurden Gefangene gemacht und zwei Maschinengewehre, zwei Minenwerfer erbeutet.

Bei Oudenburg-en-Bohelle wurde ein englischer Angriff von einigen von uns besetzte Sprengtrichter glatt abgeschlagen.

Nordöstlich von Biencourt-la-Chateau (Argonnen) Scheiterte eine größere französische Patrouillenunternehmung nach Kampf.

Auf dem linken Maasufer spannen sich Artillerie- und Infanteriekämpfe in Gegend südöstlich von Hancock fort. Sie brachten uns wiederum einige Erfolge, ohne völlig zum Durchbruch zu kommen.

Südlich von Barcelon hat Bizfeldwiesel Frankl am 4. Mai einen englischen Doppeldecker abgeschossen und damit sein viertes feindliches Flugzeug außer Gefecht gesetzt. Seine Majestät der Kaiser hat seiner Anerkennung für die Leistungen des tüchtigen Fliegers durch die Beförderung zum Offizier Ausdruck verliehen. Südöstlich von Diebenhofen mußte ein französisches Flugzeug notlanden; die Insassen sind gefangen genommen.

Eine große Zahl französischer Festballons rief sich gestern abend infolge plötzlichen Sturmes los und trieb über unsere Linien; mehr als 15 sind bisher geborgen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz:

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

## Balkan-Kriegsschauplatz:

Eines unserer Luftschiffe ist von einer Fahrt nach Saloniki nicht zurückgekehrt. Es ist nach englischer Meldung abgeschossen und verbrannt.

Oberste Heeresleitung.

## Friedensfeindliche englische Reden.

London, 5. Mai. Reuters. Lord Curzon sagte in einer Rede in einer konservativen Versammlung in London, der Krieg kann noch ein Jahr oder auch zwei Jahre dauern. Er sei nun schon lange über die Zeit nachgedacht, auf jeden Fall muß er geendet werden. Die Regierung und das Land werden ihn bis zum Ende durchziehen. Keiner der Alliierten wolle. Im Kabinett habe ich über dieses sprechen hören. Aber das eine, was ich niemals hören hörte, war der Frieden. Frieden ist ein Wort, das wir unserem Fortschritt entfernt haben, bis der Sieg errungen ist. Die Behauptungen Curzons wurden mit wiederholtem lautem Beifall aufgenommen.

## Benzineexplosion in Leipzig.

Leipzig, 6. Mai. Heute vormittag nach 8 1/2 Uhr explodierten in der Wohnung des Autohroschfischer Gustav Schlegel in Leipzig-Neubühn, vermutlich beim Abfüllen, zwei Ballons mit Benzin.

Die entstandene Stichflamme setzte sowohl die Wohnung als auch das ganze Treppenhaus in Brand, so daß die Bewohner der oberen Stockwerke sich durch Sprung auf das Sprungbrett der Feuerwehre in Sicherheit bringen mußten. Herr und Frau Schlegel sind schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. In ihrem Aufkommen wird gearbeitet. Die Explosion ist vermutlich durch Leckage beim Abfüllen des Benzins verursacht worden.

## Das Großfeuer in Tirol.

Innsbruck, 6. Mai. Dem Feuer in Deutsch-Water sind 25 Wohnhäuser zum Opfer gefallen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Brand konnte erst nach sechsstündiger Arbeit eingeworfen werden. Der Schaden ist bedeutend.

## Ein Dampfer gesunken.

London, 6. Mai. Nords melden: Der Dampfer Kuba von 2004 Tonnentonnage ist gesunken. Die Besatzung wurde gerettet.

# Für Frieden und Verständigung.

Wenn Amerika will, kann die deutsche Note die Gefahr des deutsch-amerikanischen Konflikts für absehbare Zeit beseitigen, denn sie erfüllt die amerikanischen Forderungen nahezu vollständig. Die amerikanische Note vom 20. April enthält schwere Vorwürfe an die deutsche Regierung gerichtet. Die deutsche Note antwortet darauf mit der Feststellung, daß deutsche U-Boote auch bisher schon angegriffen waren, daß neutrale Schiffe und feindliche Handelsschiffe außerhalb des Kriegsgeschehens nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken. Es wird zugestanden, daß Irrtümer vorgekommen sind. Es wird zugestanden, daß auch der Fall der Sussex möglicherweise in die Reihe dieser Irrtümer gehört, für welchen Fall nach gehöriger Untersuchung die sich hieraus ergebenden Folgerungen angekündigt werden.

Dem deutsch-amerikanischen Streit ist damit die Grundlage entzogen. Er könnte aber wieder auflodern, wenn Amerika trotz dem deutschen Zugeständnisse den Krieg wolle, oder wenn sich neue Irrtümer ereigneten, oder auch wenn sich die deutsche Regierung durch eine etwaige Weigerung Englands, auch seinerseits zum Völkerecht zurückzukehren, zur Wiederaufnahme des U-Bootskriegs in alter Form veranlaßt fände. Da wir an unbedingte kriegerische Absichten Amerikas nicht glauben, rechnen wir mit einer verständlichen Antwort Wilsons.

An dieser günstigen Annahme kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die deutsche Note auf die amerikanischen Vorwürfe mit einer Reihe von Gegenvorwürfen antwortet. Es wird offen ausgesprochen, daß die Neutralität der Vereinigten Staaten bisher für Deutschland nicht in dem gleichen Maße wohlwollend gewesen ist wie für Deutschlands Gegner. Diese Vorwürfe sind in der Absicht erhoben, nicht zu reizen, aber zu bessern, und in dieser Absicht ist das deutsche Volk mit der Regierung einig.

Von allergrößter Bedeutung sind die Erklärungen, die die deutsche Regierung in diesem Zusammenhange über ihre Stellung zur Friedensfrage im allgemeinen abgibt. Sie erklärt ihre Unvermeidlichkeit gegenüber Amerika aus dem Bedenken an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht. Sie stellt fest, daß sie ihre Bereitschaft zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden in den letzten Monaten zweimal offen und vor aller Welt bekundet hat. Sie fände es vor der Menschheit und der Geschichte unverantwortlich, wenn nach zmonatiger Kriegsdauer auch noch ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Amerika ausbräche.

Nach dieser Erklärung ist es zweifellos, daß die deutsche Regierung einem auf der Grundlage wirklicher Neutralität unternommenen Versuch der Vereinigten Staaten, zwischen den beiden Lagern Europas den Frieden zu vermitteln,

mit Bereitwilligkeit entgegenkommen würde. Hier winkt dem Präsidenten Wilson, der im Namen der Menschlichkeit in die besondere Frage des U-Bootskriegs eingegriffen hat, eine große weltgeschichtliche Aufgabe allgemeiner, weltumspannender Menschlichkeit! Wir wünschen, daß der Präsident, das amerikanische Volk und insbesondere die amerikanischen Sozialisten, deren Eintreten zur neutralen Sozialistenkonferenz am 26. Juni nunmehr gesichert sein dürfte, die Größe dieser Aufgabe richtig erkennen mögen!

Die deutsche Note spricht ganz allgemein von einem Frieden, der die Lebensinteressen Deutschlands sichert. Mit dieser Formulierung ist das deutsche Volk einverstanden; den konkreten Inhalt für sie zu finden wäre Sache der Verhandlungen, in die einzutreten die deutsche Regierung nach ihrer Erklärung ohne weiteres bereit ist. Diese Verhandlungen können in dem Augenblicke beginnen, in dem auch die andere Seite ihre Bereitwilligkeit erklärt.

Die deutsche Erklärung trägt nicht den Charakter einer Bitte, darum unterläßt sie es auch, die amerikanische Regierung um eine Friedensvermittlung förmlich zu ersuchen. Die Erklärung geht genau so weit — aber auch nicht weiter —, wie ein Volk gehen kann, das in hundert Schlachten seinen Lebenswillen und seine Lebensstärke erprobt hat.

Nicht an Kriegslust, nicht an phantastischen Wünschen des deutschen Volkes liegt es, wenn es nicht in kürzester Frist zum Frieden kommen kann, sondern an den Wünschen der Gegner nach dem Siege, der nach einem so langen Kriege erst recht die furchtbare Katastrophe für das deutsche Volk bedeuten müßte. In dem Entschluß, diese Katastrophe abzuwehren, bis zum letzten Mann einig, auf die Erfahrungen des bisherigen Kriegsverlaufs gestützt, verharret das deutsche Volk in der unerlöschlichen Zuversicht, daß ein solcher Erfolg den Gegnern niemals zuteil werden wird, wie lange der Krieg auch noch währen möge. Amerika aber hat nun die Wahl, ob es für den Krieg oder für den Frieden der ganzen Welt wirken will!

## Pressestimmen.

Von besonderem Interesse sind die Stimmen derjenigen Blätter, mit denen sich die sozialdemokratische Presse wegen der U-Bootsfrage in dauerndem Meinungsstreit befindet. Die Tägliche Rundschau erklärt Artikel in diesem Augenblick für unzulässig und daher unstatthaft. Sie will sich in der Stunde der Entscheidung, willig und freudig unterordnen, bemerkt aber: „Damit ist der Handelskrieg gegen England durch U-Boote so gut wie aufgegeben oder bis zur Unwirksamkeit beschränkt.“ Die Deutsche Tageszeitung sagt nur: „Uniere Stellungnahme zu dieser Frage ist unzeren fernem Bekann.“

Die liberale Presse findet sich unter dem Druck der Stunde mit der Politik der Nachgiebigkeit ab. Das Berliner Tageblatt sagt, nachdem es den Inhalt der Note noch einmal kurz zusammen-

fassend wiedergegeben und die Hauptpunkte herausgehoben hat: „Neben dieses Dokument mehr zu sagen scheint und im Augenblick nicht angebracht. Wie wir zu der ganzen Frage stehen, haben wir oft genug auseinandergesetzt. Wir pflichten der deutschen Regierung bei, wenn sie erklärt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht zu verantworten wäre, und wir müssen uns mit dem Ausdruck der Hoffnung begnügen, daß sie mit den gewählten Mitteln ihr vorgezeichnetes Ziel erreichen wird.“

Die Sozialistische Zeitung erklärt: „Wenn es nach Deutschlands Wunsch und Willen geht, wird die so angebotene Verständigung dauernd sein — ob sie es wirklich sein wird, hängt von Herrn Wilson und noch mehr von dem amerikanischen Volke ab, dessen gerühmter Sinn für Gerechtigkeit und Humanität sich jetzt bestmöglichst zum Ausdruck bringen muß.“ Der Reichs-Zeitung erscheint es als das Wichtigste, daß die deutsche Note einleuchtend nachweise, daß es sehr wohl einen Ausgleich gäbe zwischen den militärischen Notwendigkeiten dieses Krieges und den Forderungen des Völkerechts, und daß gerade das amerikanische Volk dazu berufen sei, den anerkannten Regeln des Völkerechts Geltung zu verschaffen.

Im national-liberalen Deutsch-Kurier heißt es: „... Wenn wiederholten Durchlesen der Note zwingt sich der Einbruch immer häufiger auf, wie bitter schwer es der Reichsleitung geworden ist, den Amerikanern diese und keine andere Forderung und Glieder unseres Volks, die eine andere Lösung für möglich und geboten gehalten haben, nicht umzustimmen vermögen. Sie erzieht es aber und Andersdenkenden, den gewaltigen Ernst der Stunde auch auf uns wirken zu lassen. Die Entscheidung ist gefallen. Jetzt ist es unendlich wichtig, richtig zu fragen, wie es hätte anders gemacht werden können und sollen. Jetzt haben wir nur die eine Pflicht, allesamt wie bisher hinter unserer Regierung zu stehen und auszuwarten und sich abzumachen, ob Washington nunmehr England gegenüber seine Pflicht tun wird, oder ob es verzichtet, um die vorbestehende Freiheit der Entschlüsse zurückzugeben.“

Der halbsozialistische Berl. Lokalanzeiger sagt am Schluß seiner Besprechung der Note:

Wir hoffen, daß die deutsche Antwortnote, wenn nicht den Präzedenzfall der Vereinigten Staaten, so doch das amerikanische Volk und seine parlamentarischen Vertretungen befriedigen wird. Leicht und diese Hoffnung nicht, so wird unsere Antwortnote in London, Paris und Petersburg als ein diplomatischer Sieg betrachtet werden. Wird sie ausfallen, so hat sie jedenfalls die wahren Beweggründe der Politik des Herrn Wilson enthüllt und sie ins Unrecht gesetzt.“

Die liberale Germania meint, der amerikanischen Auffassung werde eine deutsche Gegenüberstellung, die nicht unterwirft lasse, das Völkerecht nicht ohne Not noch schärfer zu machen. Die Note erwarte, daß die Millionen Franzosen, Engländer und Amerikaner in Deutschland, die von England ausgebeugert werden sollen, nicht geringer bewertet würden, als die paar hundert Menschenleben von drüben, die durch Einschränkung des U-Bootskriegs gesichert würden.

## „Ein Akt politischer Besonnenheit.“

In einem Artikel über die deutsche Note schreibt der Vorwärts: Was immer von einer gewissen Seite in diesen kritischen Tagen an Aufmunterungen zu einem alle politischen Bedenken rückwärts ausser acht lassenden Vorgehen versucht worden war — alle verständlichen Dinge mit gebotener Rücksicht und Verantwortungsgelübde betrachtenden Elemente im deutschen Volke waren der Überzeugung, daß die verantwortlichen Stellen gar nicht anders handeln konnten, als den Gegnern Deutschlands die Hoffnung auf einen kurzfristig herbeizuführenden Frieden mit Amerika zu bereiten. Denn darüber, daß der Entente gar keine größere Freude hätte bereitet werden können, als wenn die Deutsche Regierung den amerikanischen überlasteten Konfliktpolitiker gelöst wäre, bezieht unter allen Umständen in Deutschland nicht der geringste Zweifel.

Die Deutsche Regierung hat genau das, was alle Bedenke der politischen Klugheit erfordern, wenn sie sich zu einem „äußersten Zugeständnis“ entschließen, um das „schwere Verhängnis“ zu verhüten, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht. In dem Zugeständnis, „die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen“... Wir halten diese Zugeständnis für einen Akt politischer Besonnenheit und die Anerkennung eines Gebots der Stunde, das in beiden Seiten Schaden der Menschheit ebensolche lebhafter Bemühtung begegnen wird wie in den Kreisen aller wahrhaften Neutralen, auf deren Stimmung unendlich viel mehr ankommt, als manche Verächter der Schriftlichen militärischen Tonnart begreifen und angeben mögen.

## Die Antwortnote vor der Budgetkommission des Reichstags.

Der Reichszentraler teilte am Freitag in der Budgetkommission die Antwort an Amerika mit. Der Sitzungssaal war außerordentlich stark von Angehörigen aller Parteien besetzt. Mit dem Reichskanzler waren die sämtlichen Staatssekretäre erschienen. Die Verhandlungen waren streng vertraulich; der Sitzungssaal für Nichterwählte streng abgeschlossen. Der Kanzler schilderte den Verlauf der Verhandlungen mit Amerika und gab dann eine eingehende Erläuterung der Antwortnote. Neben Spezialfragen gaben noch die Staatssekretäre v. Capefle und v. Sauerow Auskunft. Der Kanzler stellte schließlich, auf Verlangen aus der Kommission heraus, in Aussicht, ein Beilage über die Verhandlungen mit Amerika herauszugeben. In der Debatte, die die ganze Sitzung ausfüllte, sprachen die Abgeordneten Gröber, Wasser mann, Ledebour, v. Payer, Graf Westarp, Scheidemann, Freilberg v. Camp, Koch, Dr. Struwe und Roefide.

Die Diskussion drehte sich u. a. auch um die allgemeine Lage, die Lebensmittelversorgung und um den Kampf gegen den Dichter, der gar nicht scharf genug geführt werden kann. In der Sache selbst bestand unter den Parteien, selbstverständlich mit Abweichungen, weitgehende Übereinstimmung.